

## Bettina Hornhues MdB

Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Familien, Senioren, Frauen und Jugend  
 Stellv. Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung  
 Stellv. Mitglied im Ausschuss für Digitale Agenda

Zwischen Bremen und Berlin

April 2017

**Sehr geehrte Damen und Herren,  
 liebe Freunde,**

der Frühling steht vor der Tür und ich hoffe, Sie haben alle ein paar schöne und erholsame Osterfeiertage verbracht. Ich selbst habe die Zeit genutzt, um zusammen mit meiner Familie noch einmal Kraft für die kommenden Sitzungswochen in Berlin zu sammeln. Es stehen noch einige, wichtige Themen auf der Agenda, die es gilt, noch in dieser Wahlperiode umzusetzen. Dazu gehört unter anderem das Verbot von Kinderehen, welches mir besonders am Herzen liegt. Kinder gehören in die Schule und nicht in eine Ehe. Gerade erst hat Bundesjustizminister Maas einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt, welchen ich im parlamentarischen Verfahren aufmerksam begleiten werde. In Deutschland darf es keine Kinderehen geben, denn Kinder gehören nicht vor den Traualtar. Eine zu frühe Eheschließung kann das Wohl von Minderjährigen und ihre Entwicklungschancen beeinträchtigen. Deshalb sieht der Gesetzentwurf vor, dass Eheschließungen erst ab 18 Jahren möglich sind. Somit sind Ehen mit Minderjährigen klar verboten.

Die kommenden Sitzungswochen bleiben also spannend und es gibt noch viel zu tun.



Herzliche Grüße,

Ihre

*Bettina Hornhues*

### Berlin aktuell

#### **Gesetz zur Neuregelung des Mutterschutzrechts**

In zweiter und dritter Lesung haben wir Neuregelungen im Mutterschutzrecht auf den Weg gebracht, die sich an neuesten gesundheitswissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren. Dazu zählen unter anderem die Verlängerung der Schutzfrist nach der Entbindung für Kinder mit Behinderung, Änderungen beim Verbot der Mehr-, Nacht- und Sonntagsarbeit und die Einrichtung eines Ausschusses speziell für Mutterschutzfragen. Für uns steht ein verantwortungsvolles Abwägen zwischen dem Gesundheitsschutz für eine schwangere oder stillende Frau und ihr (ungeborenes) Kind und deren selbstbestimmter Entscheidung über ihre Erwerbstätigkeit bzw. Ausbildung im Vordergrund. Wir haben durchgesetzt, dass das Gesetz erst zum 1. Januar 2018 in Kraft tritt, damit das Bundesfamilienministerium den Vollzugsbehörden und Arbeitgebern Empfehlungen zur Umsetzung zur Verfügung stellen kann.

Es war ein langer Gesetzgebungsprozess, den ich als Berichterstatterin unserer AG Familie, gerne von Anfang bis Ende begleitet habe. Die Reform war dabei längst überfällig, denn das ursprüngliche Gesetz stammt aus dem Jahr 1952. Zwei Punkte waren uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den Beratungen besonders wichtig: 1. Der Schutz der Schwangeren und der des ungeborenen Lebens stehen an oberster Stelle. 2. Das Mutterschutzgesetz ist ein Gesetz für die Praxis. Das heißt, es muss verständlich und anwenderfreundlich sowohl für die betroffenen Frauen, als auch für die Arbeitgeber sein. Schließlich soll das Gesetz kein Hemmnis für schwangere und stillende Frauen sein, zu arbeiten, sondern wir wollen, dass die Frauen selbstbestimmt entscheiden, möglichst lange im Beruf zu bleiben. Damit entsprechen wir den Wünschen der Frauen in einer modernen Arbeitswelt.

Darum haben wir uns während der Gesetzesberatung dafür eingesetzt, Bürokratie abzubauen und Rechtssicherheit zu schaffen. Meiner Meinung nach, ist uns dies nach langen Verhandlungen mit der SPD, auch gelungen. Besonders wichtig ist der Union zudem, dass wir Frauen, die Kinder mit Behinderungen zur Welt bringen, künftig durch eine verlängerte Schutzfrist nach der Geburt von acht auf 12 Wochen noch stärker unterstützen. Diese und die Neuregelung zum mutterschutzrechtlichen Kündigungsschutz nach einer Fehlgeburt werden bereits einem Tag nach der Verkündung des Mutterschutzgesetzes in Kraft treten.

## Aus dem Wahlkreis

### **Runder Tisch zum Tanklager Farge**

Das Tanklager Farge in Bremen-Nord ist mit rund 78 Treibstofftanks und mehr als 125 Kilometern Leitungen das größte unterirdisch angelegte Tanklager der Welt. Als gebürtige Bremerin kenne ich das dortige Gelände aber schon viel länger und weiß auch um die festgestellte Belastung des Bodens und des Grundwassers. Mit der Stilllegung des Geländes im Jahr 2014 und der damit einhergehenden Sanierung der Anlage, hatte man kurzzeitig das Gefühl, dass es nun vorangeht in Bremen-Farge. Doch leider weit gefehlt. Die Sanierung fand hinter verschlossenen Toren statt, die Bremer Umweltbehörde äußerte sich gegenüber den Anwohnern, der Bürgerinitiative Tanklager Farge e.V. und auch dem Rest der Öffentlichkeit nur bedingt.



Doch Transparenz ist notwendig und aus diesem Grund habe ich Ende März zu einem Runden Tisch zum Thema „Tanklager Farge“ eingeladen. Als Experte war unter anderem Herr Dr. Rainald Brede von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), künftiger Eigentümer des Tanklagers Farge, anwesend. So konnten die Teilnehmer aus erster Hand erfahren, welche Maßnahmen die BImA hinsichtlich der Sanierung plant. Eine langfristige Sanierung kann nämlich nur Erfolg haben, wenn keine weiteren Schadstoffe mehr in den Boden und das Grundwasser abfließen. Dies trifft vor allem auf die Schadstofffahne am sogenannten Verladebahnhof II. Nach wie vor steht die Frage im Raum, ob diese Schadstofffahne wirklich stationär ist, wie die Bremer Umweltbehörde vermutet oder ob sie wandert, wie von der Bürgerinitiative vermutet wird.

Eine wichtige Einigung in dieser Sache konnte während des Runden Tisches allerdings erzielt werden: Die BImA wird noch in diesem Jahr einen Pilotversuch starten, um nach alternativen Sanierungsmöglichkeiten zu suchen. Außerdem will die Immobilienanstalt prüfen, ob weitere Messpunkte an der Spitze der Fahne errichtet werden können. Diese Zugeständnisse sind wichtig für die Akteure vor Ort. Daher habe ich mich am Ende des Abends besonders gefreut, dass Herr Dr. Brede vorgeschlagen hat, einen derartigen Austausch einmal im Jahr zu veranstalten.

### **Besuch bei der Polizeiinspektion Nord**

Innere Sicherheit in Bremen ist nach wie vor ein zentrales Thema. Immer wieder berichten Bürgerinnen und Bürger mir in persönlichen Gesprächen oder Briefen von ihren Sorgen hinsichtlich der zunehmenden Wohnungseinbrüche in Bremen sowie ihrem eigenen Sicherheitsempfinden. Auch bei meinem Besuch bei der Polizeiinspektion Nord ging es folglich um die innere Sicherheit in unserem Bundesland. Gemeinsam mit den CDU-Bürgerschaftsabgeordneten Silvia Neumeyer und Wilhelm Hinners informierte ich mich bei Herrn Jens Körber, Leiter der Polizeiinspektion Nord, unter anderem über die geplante Polizeireform in Bremen und über die aktuelle Kriminalstatistik.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei Herrn Körber und seinem Team bedanken. Die Polizistinnen und Polizisten setzen sich jeden Tag aufs Neue für unsere Sicherheit ein und leisten dabei eine wichtige Arbeit.

### **Bundestagswahl 2017**

#### **Tür-zu-Tür Wahlkampf**

Die Landtagswahlen im Saarland haben gezeigt: persönliche Besuche und Haustürwahlkampf funktionieren. Und auch in Bremen werden wir verstärkt auf den Tür-zu-Tür Wahlkampf setzen. Das Team von Connect17 aus dem Konrad-Adenauer Haus hat in diesem Monat Halt in Bremen gemacht und uns alles Wissenswerte über Besuche an der Haustür erzählt. In lockerer Runde erklärte Christine Quasdorf, Kampagnenreferentin von Connect17, uns das Prinzip des Haustürwahlkampfs. Wie viele Hausbesuche schafft man im Durchschnitt an einem Tag? Wann schaue ich am besten bei den Leuten vorbei? Wie verhalte ich mich, wenn ein aufgebrachter Bürger mich in eine Diskussion verwickelt? Diese und noch andere Fragen konnten wir an diesem Samstag klären. Zum Abschluss des Tages konnte ich das Gelernte auch gleich anwenden: Frau Quasdorf hatte eine digitale Tür mitgebracht, hinter der sich verschiedene „Wähler Typen“ verbargen. Ich traf auf die überzeugte CDU Wählerin, deren Einladung zum Kuchen ich leider dankend ablehnen musste.



**Büro in Berlin**  
Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel: 030 - 227 79 303  
Fax: 030 - 227 76 305

**E-Mails richten Sie bitte an:**  
bettina.hornhues@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Bremen**

Georg Gleistein-Str. 51  
28757 Bremen

Tel: 0421 - 66 59 58 40  
Fax: 0421 - 66 59 58 41

**WhatsApp:**  
Tel: 0160 - 70 89 590

**Wahlkreisbüro Bremerhaven**

Bismarckstr. 2  
27570 Bremerhaven

Tel: 0471 - 95 21 67 40  
Fax: 0471 - 95 21 67 41

www.facebook.com/hornhues  
www.bettinahornhues.de